

NOMOSPRAXIS

Laue | Nink | Kremer

Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis

3. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Dr. Philip Laue | Dr. Judith Nink | Sascha Kremer

Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis

3. Auflage

Dr. Philip Laue, Syndikusrechtsanwalt und Datenschutzbeauftragter bei der ZWILLING J.A. Henckels AG | **Dr. Judith Nink**, Rechtsanwältin und externe Datenschutzbeauftragte, assoziierte Partnerin KREMER LEGAL | **Sascha Kremer**, Fachanwalt für IT-Recht und Rechtsanwalt, Gründer KREMER LEGAL



Nomos

Zitiervorschlag: Laue/Nink/Kremer DatenschutzR/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0831-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-1581-2 (ePDF)

3. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 3. Auflage

Seit Geltung der Datenschutz-Grundverordnung hat die Praxis sich mit vielen technischen und organisatorischen Pflichten arrangiert und diese umgesetzt. Bedurfte es in der 1. Auflage hin und wieder noch des Blicks in die datenschutzrechtliche Glaskugel, wurden durch die Rechtsprechung einige initiale Unsicherheiten der Datenschutz-Grundverordnung mittlerweile ausgeräumt. Allen voran durch den EuGH, dessen Rolle als Exeget der Datenschutz-Grundverordnung kaum zu überschätzen ist. Vieles ist jedoch nach wie vor nicht final geklärt, neue Auslegungs- und Anwendungsfragen sind hinzugekommen, trotz oder vielleicht auch aufgrund der Häufung von Vorlagefragen und bereits ergangener EuGH-Rechtsprechung, der kaum noch überschaubaren Zahl an aufsichtsbehördlichen Richtlinien und Empfehlungen sowie der Fülle an Aufsätzen und Kommentaren.

Aber auch darüber hinaus hat sich viel getan, seit im Jahr 2018 die 2. Auflage erschienen ist. Zahlreiche neue Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben und sonstige rechtliche, aber auch technische Entwicklungen haben die datenschutzrechtliche Praxis in den letzten Jahren geprägt und geformt. Dazu zählen etwa die KI-Regulierung, der Data Act, der Hinweisgeberschutz, das TTDSG oder das EU-U.S. Data Privacy Framework auf der exekutiven Seite.

Aufgrund vieler sehr positiver Rückmeldungen und Wünsche nach einer Neuauflage hat sich das initiale Autorenteam wieder zusammengefunden und das Werk im Lichte der Entwicklungen von fünf Jahren Datenschutzpraxis unter der Datenschutz-Grundverordnung grundlegend überarbeitet und neu strukturiert. Nicht nur das Eiltempo des EuGH, der allein in den wenigen Wochen zwischen Manuskriptabgabe und Druckfahnen eine fast zweistellige Anzahl datenschutzrechtlicher Verfahren entschieden hat, stellte das Autorenteam dabei vor Herausforderungen. In mehreren Autorensitzungen wurden Positionen diskutiert und abgewogen.

Herausgekommen ist ein fast komplett neues Praxishandbuch, das Leserinnen und Leser in der datenschutzrechtlichen Praxis hoffentlich wieder sowohl als übersichtliches Nachschlagewerk dient als auch Denkanstöße und vor allem Lösungen im praktischen Umgang mit Rechtsunsicherheiten vermittelt. Dabei hat das Autorenteam, wie auch bereits in den Voraufgaben, komplexe Sachverhalte mit Beispielen, Hinweisen und Visualisierungen verständlich gemacht. Rechtsprechung und Literatur konnten bis zum 31.12.2023 berücksichtigt werden.

Wir bedanken uns bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von KREMER LEGAL für die Recherchen und die Unterstützung im Rahmen der Manuskriptkorrekturen sowie dem Nomos Verlag für die unglaubliche Geschwindigkeit beim Setzen der Druckfahnen.

Köln im Januar 2024

Dr. Philip Laue, Dr. Judith Nink, Sascha Kremer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	5
Literatur	21
§ 1 Einführung	43
A. Allgemeines	43
B. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung und des BDSG	43
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung ...	44
1. Verarbeitung von Daten	44
2. Ablage in einem Dateisystem bei nicht-automatisierter Verarbeitung	45
3. Personenbezug der Daten	46
a) Identifizierbarkeit	46
aa) Anonyme Daten	49
bb) Pseudonymisierte Daten	51
cc) Verschlüsselte Daten	54
b) Natürliche Person	55
II. Persönlicher Anwendungsbereich	57
III. Räumlicher Anwendungsbereich	58
1. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung	58
a) Niederlassungsprinzip nach Art. 3 Abs. 1	58
aa) Effektive und tatsächliche Ausübung einer Tätigkeit	59
bb) Verarbeitung im Rahmen der Tätigkeit der Niederlassung	59
cc) Ort der Verarbeitung	61
b) Marktortprinzip nach Art. 3 Abs. 2	61
aa) Angebot von Waren und Dienstleistungen	62
bb) Verhaltensbeobachtung	63
c) Verarbeitungen im Inland außerhalb des Anwendungsbereichs von Art. 3 Abs. 2 DS-GVO	64
2. Räumlicher Anwendungsbereich innerhalb der EU	65
a) Sitzlandprinzip	66
b) Territorialitätsprinzip	67
c) Sonderfall Einwilligung	68
aa) Art. 8 Abs. 1	68
bb) Art. 9 Abs. 2 lit. a	69
d) Rechtswahlklauseln	70
e) Räumlicher Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes	71

IV. Öffnungsklauseln und besondere Verarbeitungssituationen	72
1. Öffnungsklauseln in Einzelregelungen	72
2. Verarbeitung im Beschäftigungskontext	80
3. Verarbeitung zur wissenschaftlichen Forschung und zu statistischen Zwecken	80
a) Datenminimierung und Widerspruchsrecht	81
b) Privilegierungen	81
4. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der EU-Kommission	83
5. Datenschutz-Grundverordnung und E-Privacy-Richtlinie	84
V. Verarbeitungsgrundsätze und Rechenschaftspflicht	86
§ 2 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	91
A. Allgemeines	91
I. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	93
1. Einwilligung	94
a) Form der Einwilligung	94
b) Opt-In oder Opt-Out?	98
c) Transparenz	99
d) Widerruf der Einwilligung	100
e) Freiwilligkeit der Einwilligung	101
aa) Abhängigkeitsverhältnis	102
bb) Trennungsgebot	102
cc) Koppelungsverbot	103
f) Einwilligung von Kindern	105
g) Zeitliche Geltung der Einwilligung	105
2. Vertragserfüllung und vorvertragliche Maßnahmen (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO)	105
3. Rechtliche Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO)	107
4. Verarbeitung zum Schutz lebenswichtiger Interessen (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. d DS-GVO)	110
5. Verarbeitung im öffentlichen Interesse oder in Ausübung hoheitlicher Gewalt (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DS-GVO)	110
6. Verarbeitung nach Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO)	110
7. Zweckändernde Weiterverarbeitung (Art. 6 Abs. 4 DS-GVO)	113
8. Direktwerbung und Adresshandel	115
9. Sonderfall: Videoüberwachung	115
10. Verarbeitungen und Fernmeldegeheimnis	116

II. Verarbeitung von Daten eines Kindes	118
1. Interessenabwägung bei Daten eines Kindes (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO)	118
2. Einwilligung bei Kindern (Art. 8 DS-GVO)	119
a) Dienste der Informationsgesellschaft	119
b) An Kinder direkt gerichtetes Angebot	120
c) Einwilligungsvoraussetzungen	120
aa) Altersgrenzen	121
bb) Dokumentationspflicht	121
cc) Praktische Umsetzung	121
dd) Allgemeines Vertragsrecht	122
ee) Sonstige Einwilligungen von Kindern	123
B. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DS-GVO)	123
I. Generelles Verbot	124
II. Ausnahmen vom Verbot	126
1. Einwilligung (Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO)	128
2. Verarbeitung zu Archiv-, historischen, statistischen und wissenschaftlichen Zwecken (Art. 9 Abs. 2 lit. j DS-GVO)	129
III. Berufsgeheimnis bei Gesundheits- und Sozialdaten (Art. 9 Abs. 2 lit. h DS-GVO iVm Art. 9 Abs. 3 DS-GVO)	129
IV. Öffnungsklausel (Art. 9 Abs. 4 DS-GVO)	130
V. Sonderregeln zur Verarbeitung besonderer Datenkategorien im Bundesdatenschutzgesetz	130
C. Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art. 10 DS-GVO)	131
D. Medienprivileg	132
E. Verarbeitung ohne Identifizierung (Art. 11 DS-GVO)	132
F. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling	133
I. Ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhende Entscheidung	133
1. Anwendungsbereich des Art. 22 Abs. 1 DS-GVO	134
2. Erlaubnis automatisierter Entscheidungen im Einzelfall	136
3. Pflichten des Verantwortlichen	138
II. Profiling	139
1. Begriff des Profilings	139
2. Profiling nach der Datenschutz-Grundverordnung	140
a) Scoring und Auskunfteien	140
b) Rechtmäßigkeit des Profilings	141
c) Pflichten beim Profiling	141

G. Auslesen und Speichern von Informationen auf Endgeräten	
(§ 25 TTDSG)	142
I. Zweck des Speicherns und Auslesen von Informationen auf dem Endgerät	142
II. Zulässigkeit des Speicherns oder Auslesens von Informationen auf dem Endgerät	143
III. Praktische Umsetzung	145
IV. Weitere Hinweise zum TTDSG: Anzeigepflicht nach § 19 Abs. 3 TTDSG	147
H. Bezahlen mit Daten bei Verbraucherverträgen	148
§ 3 Informationspflichten	151
A. Ratio der Informationspflichten	151
B. Inhalt der Informationspflichten	151
I. Gegenstand der Information	151
1. Allgemeine Informationen	152
a) Kontaktdaten (Art. 13 Abs. 1 lit. a und b DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 lit. a und b DS-GVO)	153
b) Darlegung der berechtigten Interessen (Art. 13 Abs. 1 lit. d, Art. 14 Abs. 2 lit. b DS-GVO)	154
c) Mitteilung der Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)	154
2. Informationen zur Gewährleistung einer fairen und transparenten Verarbeitung	156
a) Widerspruchsrecht (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 lit. c DS-GVO)	157
b) Widerruf der Einwilligung (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 lit. d DS-GVO)	157
c) Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	158
d) Zweckänderung	159
3. Keine Direkterhebung / Dritterhebung	159
II. Ausnahmen von der Informationspflicht	160
1. Ausnahmen in Art. 13 Abs. 4 DS-GVO (Art. 14 Abs. 5 DS-GVO) ...	160
2. Ausnahmen im BDSG	160
III. Zeitpunkt der Information	161
IV. Darstellung und Form der Information	162
1. Darstellung	163
a) Schriftlich und andere Form	163
b) Mündlich	163
2. Form (Stil)	164
3. Piktogramme	164
4. Sprache	165

V. Kosten	166
VI. Überblick Informationspflichten	166
C. Verstöße	167
I. Bußgeld	167
II. Unterlassungsklagengesetz	168
III. Wettbewerbsrecht	170
§ 4 Rechte der betroffenen Person	171
A. Überblick	171
B. Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	173
I. Identifizierung der betroffenen Person	173
1. Vertretbare Mittel zur Prüfung der Identität	174
2. Keine Vorratsverarbeitung identifizierender Daten	176
II. Verfahren der Ausübung von Rechten der betroffenen Person	177
1. Form der Übermittlung von Mitteilungen	177
2. Erleichterungen bei der Ausübung	178
3. Ablauf und Fristen	178
4. Unentgeltlichkeit und Missbrauchsgebühr	180
C. Auskunftsrecht	182
I. Inhalt und Struktur (Ob)	184
1. Konkretisierung des Auskunftsverlangens	187
2. Bereitstellung in einem gängigen elektronischen Format	187
3. Grenzen der Auskunft	188
a) Rechte und Freiheiten Dritter	188
b) Beschränkungen durch das nationale Recht	190
II. Auskunftserteilung (Wie)	191
1. Inhalt der Auskunft	191
2. Bereitstellung mehrerer Kopien	192
III. Auskunft aus Patientenakten	193
D. Recht auf Berichtigung	194
I. Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten	195
II. Vervollständigung richtiger personenbezogener Daten	195
III. Darlegungs- und Beweislast	196
E. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	197
I. Voraussetzungen des Rechts auf Einschränkung	197
II. Folgen des Rechts auf Einschränkung	197
III. Ausnahmen vom Recht auf Einschränkung	198
IV. Darlegungs- und Beweislast	199
F. Recht auf Datenübertragbarkeit	199
I. Ratio	200

II. Anwendungsbereich	201
III. Direktübermittlung an anderen Verantwortlichen	203
IV. Technische Anforderungen	203
V. Beschränkungen und Ausnahmen	204
G. Widerspruchsrecht	205
I. Voraussetzungen des Widerspruchsrechts	205
1. Allgemeines Widerspruchsrecht aus besonderer Situation	205
2. Widerspruchsrecht bei Direktwerbung	206
3. Ausübung mittels automatisierter Verfahren	206
II. Folgen des Widerspruchs	207
III. Darlegungs- und Beweislast	208
§ 5 Rollen und Verantwortlichkeiten bei der Datenverarbeitung	209
A. Allgemeines	209
B. Verantwortlicher	209
I. Natürliche oder juristische Person	210
II. Entscheidung über Zwecke und Mittel der Verarbeitung	212
1. Entscheidungshoheit aufgrund rechtlicher Zuweisung	212
2. Entscheidungshoheit aufgrund tatsächlichen Einflusses	212
III. Gemeinsam Verantwortliche	214
1. Voraussetzungen	215
2. Rechtsfolgen	220
C. Auftragsverarbeiter	224
I. Abgrenzungsfälle	225
1. Verarbeitung bei traditionell fremden Fachleistungen	226
2. Verarbeitung als Beiwerk einer Hauptdienstleistung	226
3. Zufällige Verarbeitung bei Erbringung einer Hauptdienstleistung	226
4. Verarbeitung bei IT-Prüfungs- oder Wartungsleistungen	226
5. Verarbeitung bei Berufsgeheimnisträgern	227
II. Pflichten des Auftragsverarbeiters	227
III. Rechtfertigung der Auftragsverarbeitung	230
IV. Auswahl des Auftragsverarbeiters	231
V. Formelle Anforderungen der Auftragsverarbeitung	232
VI. Inhalt eines Vertrags zur Auftragsverarbeitung	233
1. Weisungen	234
2. Vertraulichkeit	235
3. Einsatz von weiteren Auftragsverarbeitern (Unterauftragnehmer)	236
4. Beendigung des Auftrags	238
5. Überprüfungen und Inspektionen	238

VII. Konsequenzen bei Verstößen	239
D. Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen	240
E. Vertreter	241
§ 6 Internationale Datenverarbeitung	246
A. Allgemeines	246
B. Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DS-GVO)	249
I. Allgemeines	249
II. EU-US Data Privacy Framework	250
C. Geeignete Garantien (Art. 46 DS-GVO)	252
I. Binding Corporate Rules (Art. 47 DS-GVO)	253
1. Inhaltliche Anforderungen	254
2. Genehmigungsverfahren	254
II. Standarddatenschutzklauseln	254
III. Genehmigte Verhaltensregeln und Zertifizierungsverfahren	256
IV. Genehmigte sonstige Verträge	258
V. Transfer Impact Assessments	258
1. Wirksamkeit des Transferinstruments	260
2. Auswahl und Anwendung zusätzlicher Maßnahmen	261
D. Urteile und Entscheidungen aus Drittländern (Art. 48 DS-GVO)	263
E. Ausnahmen (Art. 49 DS-GVO)	263
I. Einwilligung	264
II. Vertragliche Pflichten	265
III. Rechtsstreitigkeiten	266
IV. Auffangtatbestand (Art. 49 Abs. 1 UAbs. 2)	267
§ 7 Recht auf Löschung und datenschutzkonformes Löschen	269
A. Überblick	269
B. Recht auf Löschung	269
I. Voraussetzungen für das Recht auf Löschung	270
1. Löschründe im Überblick	270
2. Wegfall des Verarbeitungszwecks	271
3. Widerruf der Einwilligung	272
4. Widerspruch gegen Verarbeitung	272
5. Unrechtmäßige Verarbeitung	272
6. Von Kindern in Bezug auf Dienste der Informationsgesellschaft erhobene Daten	273
II. Folgen des Rechts auf Löschung und der Löschpflicht	274
1. Löschen personenbezogener Daten	274
2. Recht auf Vergessenwerden im engeren Sinn	276

Inhaltsverzeichnis

3. Mitteilung an Empfänger und Auskunftsrecht (Art. 19 DS-GVO) ..	278
III. Ausnahmen vom Recht auf Löschung	278
1. Ausnahmen in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO	278
2. Ausnahmen im nationalen Recht	280
IV. Darlegungs- und Beweislast	280
V. Recht auf Löschung und Bearbeitung in der Praxis	281
C. Datenschutzkonformes Löschen in der Praxis	281
I. Überblick	281
II. Löschkonzept des Verantwortlichen zur Umsetzung der Löschpflicht	282
1. Beachtung von Regelwerken bei der Erstellung von Löschkonzepten	283
2. Technische und organisatorische Maßnahmen zur Durchführung der Löschung	283
3. Festlegen der Zuständigkeit für die Erstellung des Löschkonzepts	284
4. Zeitpunkt für die Erstellung des Löschkonzepts	285
5. Schritte zur Erstellung des Löschkonzepts	285
6. Vorgehen bei der Umsetzung von Löschkonzepten	286
7. Festlegen der Zuständigkeit für die Umsetzung des Löschkonzepts	286
8. Aktualisierung des Löschkonzepts	287
III. Festlegung von Speicherfristen und Löschrregeln	287
1. Festlegung der Speicherfristen	287
2. Festlegung von Löschrregeln und Löschklassen	289
IV. Dokumentation der durchgeführten Löschung	289
V. Kontrolle der durchgeführten Löschung	290
VI. Löschpflichten des Auftragsverarbeiters	290
§ 8 Datenschutzbeauftragter	291
A. Rolle des Datenschutzbeauftragten	291
B. Benennung des Datenschutzbeauftragten	291
I. Benennungspflicht	292
1. Benennungspflicht nach der Datenschutz-Grundverordnung	292
2. Benennungspflicht nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten	294
3. Datenschutzbeauftragte im Konzern	295
a) Benennung durch herrschendes Unternehmen	295
b) Leichte Erreichbarkeit aus allen Niederlassungen	296
4. Interner und externer Datenschutzbeauftragter	297
5. Veröffentlichung und Mitteilung der Kontaktdaten	298

II. Voraussetzungen für die Benennung	299
1. Fachwissen	299
2. Fähigkeit zur Aufgabenerfüllung	300
C. Stellung des Datenschutzbeauftragten	301
I. Unterstützungspflicht des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters	302
II. Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten	303
1. Weisungsfreiheit	304
2. Benachteiligungsverbot	304
3. Berichtspflicht gegenüber höchster Managementebene	306
III. Wahrung der Geheimhaltung oder Vertraulichkeit	306
1. Verschwiegenheitspflicht zugunsten betroffener Personen	307
2. Verschwiegenheitspflicht zugunsten Dritter	308
3. Verschwiegenheitspflicht zugunsten des Betriebsrats	308
4. Verschwiegenheitspflicht zugunsten des Verantwortlichen	309
IV. Ansprechpartner für betroffene Personen	310
D. Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	310
I. Unterrichtung und Beratung	311
II. Überwachung des Datenschutzes	312
III. Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde	313
IV. Risikoangemessenheit der Aufgabenerfüllung	314
E. Haftung des Datenschutzbeauftragten	315
§9 Technischer Datenschutz	318
A. Datensicherheit	318
I. Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	319
1. Regelungsadressaten	320
2. Inhaltliche Anforderungen	321
a) Datenschutz durch Technik	321
b) Datenschutzfreundliche Voreinstellungen	324
II. Sicherheit bei der Verarbeitung	325
1. Regelungsadressaten	325
2. Inhaltliche Anforderungen	326
III. Praktische Umsetzung	329
B. Datenschutzzertifizierungen	332
I. Zertifizierungsgegenstand	333
II. Zertifizierungsmaßstab	333
III. Zertifizierungsverfahren	334
IV. Zertifizierungsstelle	334

V. Rechtsfolgen	335
1. Nachweiserleichterungen für Pflichten aus der Datenschutz- Grundverordnung	335
2. Rechtsfolgen von Verstößen	336
§ 10 Organisatorischer Datenschutz	338
A. Informationspflichten bei Datenschutzverletzungen	338
I. Meldepflicht gegenüber Aufsichtsbehörden	340
1. Meldepflichtige Ereignisse	340
2. Meldefrist	342
3. Inhalt und Form der Meldung und sonstige Dokumentationspflichten	343
4. Unterstützungspflicht des Auftragsverarbeiters	345
II. Benachrichtigungspflicht gegenüber betroffenen Personen	347
1. Benachrichtigungspflichtige Ereignisse	347
a) Ausmaß eines möglichen Schadens	347
b) Eintrittswahrscheinlichkeit	349
2. Benachrichtigungsfrist	349
3. Inhalt und Form der Benachrichtigung	350
4. Ausnahmen von der Benachrichtigungspflicht	350
B. Datenschutz-Folgenabschätzung	354
I. Regelungsadressaten	355
II. Erforderlichkeit der Folgenabschätzung	356
1. Voraussichtlich hohes Risiko	356
a) Gesetzliche Regelbeispiele	358
b) Listen der zuständigen Aufsichtsbehörden	359
2. Befreiung von der Folgenabschätzung für bestimmte Verarbeitungszwecke	360
III. Durchführung der Folgenabschätzung	361
1. Phasen einer Folgenabschätzung	362
a) Vorbereitungsphase	362
b) Bewertungsphase	362
c) Maßnahmenphase	364
2. Zusammenfassung gleichartiger Verarbeitungen	365
3. Dokumentation	365
4. Verhaltensregeln	366
5. Einbindung des Datenschutzbeauftragten	367
6. Einbindung der zuständigen Aufsichtsbehörde	367
7. Einbindung der betroffenen Personen oder ihrer Vertreter	370
a) Gegebenenfalls	370

b) Keine entgegenstehenden kommerziellen Interessen oder Sicherheitsinteressen	372
8. Überprüfung	372
C. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	375
I. Verzeichnis des Verantwortlichen	377
II. Verzeichnis des Auftragsverarbeiters	380
D. Verhaltensregeln (Codes of Conduct)	381
I. Vorlageberechtigte Stellen	381
II. Gegenstand von Verhaltensregeln	382
III. Genehmigungsverfahren	382
IV. Überprüfung durch private Kontrollstellen	383
V. Rechtsfolgen	384
1. Bindungswirkung für Aufsichtsbehörden	384
2. Nachweiserleichterungen für Pflichten aus der Datenschutz-Grundverordnung	385
3. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Verhaltensregeln	386
§ 11 Beschäftigtendatenschutz	387
A. Allgemeines	387
I. Möglicher Regelungsbereich „spezifischerer Regelungen“ im Beschäftigungskontext	388
II. Inhaltliche Grenzen „spezifischerer Regelungen“	389
B. § 26 BDSG – (bisherige) Kernvorschrift des deutschen Beschäftigtendatenschutzes	392
I. Überblick: Was bleibt von § 26 BDSG?	392
II. Beschäftigtenbegriff	395
III. Keine Erstreckung des Anwendungsbereichs auf nicht-automatisierte Datenverarbeitungen außerhalb von Dateisystemen	395
IV. Erforderlichkeit der Verarbeitung	395
V. Verarbeitung zur Aufdeckung von Straftaten	397
VI. Heimliche Verarbeitung	397
VII. Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten von Beschäftigten	398
VIII. Einwilligungen im Beschäftigungsverhältnis	399
C. Anforderungen an Kollektivvereinbarungen	401
I. Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit von Betriebsräten	402
II. Inhaltliche Anforderungen	403
III. Grenzen von Kollektivvereinbarungen	404

§ 12 Aufsichtsbehörden	406
A. Allgemeines	406
B. Stellung der Aufsichtsbehörden	406
C. Europäischer Datenschutzausschuss	407
D. Aufgaben der Aufsichtsbehörden	408
E. Zusammenarbeit von Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern mit Aufsichtsbehörden	409
F. Befugnisse der Aufsichtsbehörden	410
I. Untersuchungsbefugnisse	411
II. Abhilfebefugnisse	412
III. Genehmigungsbefugnisse und beratende Befugnisse	413
G. Zuständigkeit und Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	413
I. Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden	413
1. Zuständigkeit der federführenden Aufsichtsbehörde	414
a) Feststellung der federführenden Aufsichtsbehörde	415
b) Mehrere Niederlassungen oder eine Niederlassung in der Union	416
c) Abweichende Zuständigkeit bei Angelegenheiten in einem Mitgliedstaat	418
2. One-Stop-Shop	419
II. Zusammenarbeit in konkreten Angelegenheiten	419
1. Vorgehen in Verantwortung der federführenden Aufsichtsbehörde	420
2. Amtshilfe und gemeinsame Maßnahmen	421
3. Dringlichkeitsmaßnahmen	421
III. Kohärenzverfahren	423
§ 13 Haftung, Sanktionen und Rechtsbehelfe	424
A. Haftung	424
I. Verstoß	424
II. Schaden	426
III. Anspruchsberechtigter	428
IV. Ersatzpflichtige	428
V. Verschulden und Exkulpationsmöglichkeit	429
VI. Gesamtschuldnerische Haftung	430
VII. Sonstige Ansprüche	431
1. Unterlassungs- und Beseitigungsklagen betroffener Personen	432
2. Unterlassungs- und Beseitigungsklagen von Mitbewerbern	433

B. Sanktionen	434
I. Bußgelder	436
1. Ermessen der Aufsichtsbehörden	436
2. Kategorien von bußgeldbewehrten Verstößen	437
3. Geldbußen bei Unternehmensgruppen	438
II. Sanktionen der Mitgliedstaaten	439
C. Rechtsbehelfe	440
I. Rechtsbehelfe betroffener Personen	440
1. Beschwerderecht	440
2. Klagerecht	442
a) Klagen gegen Aufsichtsbehörden	442
b) Klagen gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter	443
II. Rechtsbehelfe von Verantwortlichen, Auftragsverarbeitern, u. a.	444
III. Rechtsbehelfe von Verbänden	445
1. Vertretung von betroffenen Personen	445
2. Datenschutzverbandsklage	447
IV. Aussetzung des Verfahrens	448
V. Rechtsbehelfe gegen Beschlüsse des EDSA	449
§ 14 Datenschutz und Künstliche Intelligenz	450
A. Allgemeines	450
I. Definitionen	450
II. Gesetze zu KI	452
III. Anwendbarkeit der Datenschutzgesetze	452
IV. Rollen und Verantwortlichkeiten	453
V. KI im Beschäftigungsverhältnis	454
B. Datenschutzgrundsätze bei KI	455
I. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung	455
II. Weitere Datenschutzprinzipien	456
C. Technischer und organisatorischer Datenschutz bei KI	458
I. Data Protection by Design	458
II. Datensicherheit	459
III. Datenschutz-Folgenabschätzung	460
D. Betroffenenrechte	460
Stichwortverzeichnis	461